

Potsdam, 05. August 2024

Freie Demokratische Partei
Landesverband Brandenburg

Landesgeschäftsstelle
Dortustraße 53
14467 Potsdam
M: lvbrb@fdp.de
T: 0331 29 16 41

www.fdp-brandenburg.de

Ihre Wahlprüfsteine zur Landtagswahl in Brandenburg 2024

Mehr Demokratie e.V. Landesverband Berlin/Brandenburg

Frage 1

Brandenburg gehört zu den letzten vier Bundesländern, wo Unterschriften für Volksbegehren nicht in der Öffentlichkeit gesammelt werden dürfen. Die freie Sammlung befördert jedoch die öffentliche Debatte. Sind Sie für die Einführung der freien Unterschriftensammlung bei Volksbegehren, ergänzend zur Amts- und Briefeintragung?

Antwort der FDP Brandenburg

Wir setzen uns dafür ein, dass Bürgerinnen und Bürger Unterstützungslisten zu Volksbegehren überall unterschreiben können, ohne auf eine Amtseintragung angewiesen zu sein. Sie können die Vordrucke selbst ausdrucken oder von Initiativen erhalten. Dies erlaubt es ihnen, aktiv durch Sammlungen auf der Straße oder in der Nachbarschaft teilzunehmen. In vielen Bundesländern ist diese Form der „freien Sammlung“ für Volksbegehren bereits zugelassen.

Frage 2

Alternativ bzw. ergänzend zur Straßensammlung wäre auch die elektronische Eintragung für Volksbegehren denkbar. Eine Authentifizierung könnte mittels e-ID des elektronischen Personalausweises erfolgen. Sind Sie für die Einführung der elektronischen Eintragung für Volksbegehren?

Antwort der FDP Brandenburg

Wir unterstützen die Möglichkeit einer elektronischen Eintragung für Volksbegehren.

Frage 3

Bisher sind Bürgerbegehren zur Bauleitplanung unzulässig. Bauprojekte sind jedoch oft Gegenstand von Konflikten in den Städten und Gemeinden. Wie in der Mehrzahl der Bundesländer sollten die Bürgerinnen und Bürger hier frühzeitig verbindlich mitbestimmen können. Sind Sie dafür, Bürgerbegehren zu Aufstellungsbeschlüssen von Bebauungs- und Flächennutzungsplänen zuzulassen?

Antwort der FDP Brandenburg

Die Bauleitplanung erfordert vielschichtige Abwägungsprozesse, die nicht auf eine simple Ja/Nein-Fragestellung reduziert werden können. Die Möglichkeit von Bürgerbegehren zu Aufstellungsbeschlüssen von Bebauungs- und Flächennutzungsplänen lehnen wir ab.

Frage 4

Ein offener Zugang zu politischen Informationen ist die Grundlage von Mitbestimmung und Vertrauen in die Demokratie. Sind Sie für die Einführung eines Brandenburger Transparenzgesetzes, welches Behörden dazu verpflichtet, wichtige Informationen von sich aus auf einer Online-Plattform zu veröffentlichen?

Antwort der FDP Brandenburg

Informationsfreiheit sollte in der digitalen Welt selbstverständlich sein und ist besonders vom Staat zu erwarten. Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht auf einen offenen und unbürokratischen Zugang zu allen relevanten behördlichen Informationen. Eine moderne und stringente Transparenzverpflichtung kann auch Treiber für die Digitalisierung der Verwaltung sein. Wenn man noch auf Papier arbeitet, ist es ungemein schwerer, Transparenz herzustellen. Wir unterstützen daher die Schaffung eines brandenburgischen Transparenzgesetzes.

Frage 5

Die Planung und Umsetzung von guter Beteiligung ist anspruchsvoll und benötigt Fachwissen. Viele Kommunen können die nötigen Strukturen nicht dauerhaft bereithalten, da sie oft nur punktuell benötigt werden. Sind Sie für die Einrichtung einer Landeskompentenz- und Servicestelle für Beteiligung, die Expertise aufbaut und Kommunen und Zivilgesellschaft bei Beteiligungsverfahren berät und unterstützt?

Antwort der FDP Brandenburg

Wir brauchen starke, selbstbewusste Städte und Gemeinden, die nicht nur Dienst nach Vorschrift machen, sondern innovativ arbeiten und eigenverantwortlich ihre Kommune entwickeln. Im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung trauen wir den Kommunen zu, eine angemessene Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu gewährleisten.

Frage 6

Gute Beteiligung erfordert nicht nur Fachwissen, sondern auch Ressourcen. Viele Kommunen können die nötigen Mittel für Strukturen oder Verfahren vor Ort nicht dauerhaft selbst bereitstellen und haben bei größeren Verfahren punktuell höhere Bedarfe. Sind Sie für die Auslobung eines niedrigschwelligen und langfristigen Beteiligungsförderprogramms für Kommunen und Zivilgesellschaft?

Antwort der FDP Brandenburg

Siehe vorherige Antwort.

Frage 7

Bürgerräte, bei denen die Teilnehmenden per Los aus dem Melderegister ausgewählt werden und somit einen Querschnitt der Bevölkerung abbilden, haben auf allen Ebenen Konjunktur. Sie sorgen für einen ausgewogenen und faktenbasierten Diskurs und erarbeiten wertvolle Hinweise für Politik und Verwaltung bei konfliktreichen Themen. Sind Sie für die Erprobung losbasierter Bürgerräte auf Landesebene?

Antwort der FDP Brandenburg

Der Landtag Brandenburg ist bereits ein demokratisch-legitimierter „Bürgerrat“. Wir sehen keine Notwendigkeit für Parallelstrukturen.

Frage 8

Die Gestaltung der Demokratie ist nicht allein staatliche Aufgabe, sondern auch die einer demokratischen Zivilgesellschaft. Diese Demokratiearbeit in beratender und proaktiver Funktion muss langfristig, sicher und übersichtlich sein. Sind Sie für ein Demokratiefördergesetz für Brandenburg zur Stärkung der engagierten Zivilgesellschaft?

Antwort der FDP Brandenburg

Der demokratische Verfassungsstaat hat die Aufgabe, gesellschaftliche Vielfalt zu schützen. Ein sogenanntes „Demokratiefördergesetz“ lehnen wir jedoch entschieden ab. Wer meint, mithilfe eines Gesetzes bestimmte Nichtregierungsorganisationen dauerhaft staatlich finanzieren zu können, hat nicht den Schutz der Demokratie im Sinn, sondern eigene Machtpolitik.

Frage 9

Die Festlegung der Landtages auf maximal 110 Sitze könnte bei dieser Wahl für ein verfassungswidriges Wahlrecht sorgen. Aufgrund nicht ausgeglichener Überhangmandate könnten die Grundsätze der Gleichheit und der Verhältniswahl verletzt werden. Sind Sie dafür, das Landeswahlgesetz so zu ändern, dass keine Verzerrung des Zweitstimmenergebnisses mehr erfolgen kann?

Antwort der FDP Brandenburg

Ja.

Frage 10

Bei den Landrats- und Bürgermeisterwahlen sinkt die Wahlbeteiligung im zweiten Wahlgang um bis zu 40 Prozentpunkte. Dadurch wird das Quorum teilweise nicht erreicht. Mit einer integrierten Stichwahl, bei der die Kandidierenden in eine Rangfolge gebracht werden, bräuchte es nur einen Wahlgang (Infos: www.bit.ly/3L8UKHv). Sind Sie für die Einführung der integrierten Stichwahl bei Direktwahlen?

Antwort der FDP Brandenburg

Die Idee der integrierten Stichwahl ist ein interessanter Vorschlag. Damit könnte dem Mehrheitswillen der Bevölkerung künftig stärker Ausdruck verliehen werden. Wir sind offen für Gespräche über eine solche Möglichkeit und wollen diese intensiv und ernsthaft prüfen.